



Biontech verspricht, den Covid-Impfstoff schnell anpassen zu können. BILD: DPA

Biontech sieht sich auf Kurs

VON KATHARINA REDANZ, DPA

Mainz - Das Pharmaunternehmen Biontech hat die zügige Anpassung seines Corona-Impfstoffs an neue Varianten in Aussicht gestellt und die Erwartung eines Jahresumsatzes von mindestens 13 Milliarden Euro bekräftigt. „Auf unserem Weg zu einem globalen Kraftzentrum in der Immuntherapie haben wir im zweiten Quartal wesentliche Fortschritte erzielt“, sagte der Vorstandschef und Mitbegründer Ugur Sahin bei der Vorstellung der Quartalszahlen für die Monate April bis Juni.

Noch im August solle eine klinische Studie zu einem an die Omikron-Varianten BA.4 und BA.5 angepassten Impfstoff beginnen, sagte Sahin. Falls die zuständigen Behörden dies genehmigten, könnten erste Dosen ab Oktober ausgeliefert werden.

Impfstoff gegen BA.1

Zuvor hatte Biontech bereits einen an die Variante BA.1 angepassten Impfstoff entwickelt. Die EU-Arzneimittelbehörde EMA hat Mitte Juni das Prüfverfahren für diesen Impfstoff der Hersteller Biontech und Pfizer gestartet. Die EMA prüft zudem einen angepassten Impfstoff des US-Herstellers Moderna, der ebenso wie das Vakzin von Biontech/Pfizer auf der mRNA-Technologie basiert. Bisher ist noch kein Impfstoff in der EU zugelassen, der auch auf Varianten des Coronavirus zielt.

Biontech werde Schritt halten mit dem Mutationstempo von Sars-CoV-2, sagte Vorstandsmitglied und Mitbegründerin Özlem Türeci. Als Ziel der weiteren Entwicklung nannte sie einen Impfstoff „mit einer breiteren und länger wirksamen Immunantwort“.

Mit dem Verkauf seines Corona-Impfstoffs erwirtschaftete Biontech im ersten Halbjahr 9,57 Milliarden Euro. Das waren 30,1 Prozent mehr als in der ersten Hälfte 2021. Der Nettogewinn legte um 37,2 Prozent auf 5,37 Milliarden Euro zu. Im zweiten Quartal gab es allerdings sowohl beim Umsatz (minus 39,8 Prozent auf 3,20 Milliarden) als auch beim Gewinn (minus 40,0 Prozent auf 1,67 Milliarden) einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der Corona-Impfstoffhersteller führte dies darauf zurück, dass die dynamische Entwicklung der Pandemie „zu einer Verschiebung von Aufträgen und damit zu Schwankungen bei den Quartalsumsätzen“ führe. Für das Gesamtjahr 2022 erwartet Biontech einen Umsatz von 13 bis 17 Milliarden Euro. Vor allem im vierten Quartal sei mit Blick auf die variantenangepassten Impfstoffe eine verstärkte Nachfrage zu erwarten.

NACHRICHTEN

RYANAIR

Billigfluggesellschaft soll Steuer-Strafe zahlen

Der irische Billigflieger Ryanair soll in Ungarn eine Strafe von 300 Millionen Forint (764 000 Euro) zahlen, weil er eine zum 1. Juli eingeführte Sondersteuer an seine Passagiere weiterreicht. Justizministerin Judit Varga schrieb, Ryanair habe seine Kunden „mit unfairen Geschäftspraktiken in die Irre geführt“. Die Fluggesellschaft kündigte umgehend Berufung an. Die ungarische Regierung hatte eine Extra-Steuer auf Gewinne bestimmter Unternehmen eingeführt, um mit den Einnahmen die stark gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise zu senken. (AFP)

VOLKSWAGEN

VW-Finanzsparte erhöht Prognose

Die Volkswagen-Finanzsparte geht nach einem starken Geschäftsverlauf auch im Gesamtjahr von mehr Gewinn aus als bisher. Hohe Wiederverkaufspreise von Leasing-Rückläufern und niedrige Kredit- und Restwertstrisiken lassen das Management zuversichtlicher werden: Bisher hatte der Absatzfinanzierer Volkswagen Financial Services mit einem operativen Ergebnis von rund 4 Milliarden Euro gerechnet, nun soll es deutlich mehr werden. Aber das Ergebnis werde unter dem Vorjahreswert von 5,7 Milliarden Euro bleiben. (dpa)

ERNEUERBARE ENERGIEN

Lettland will kräftig in Windparks investieren

Lettland will etwa eine Milliarde Euro in den Bau von Windparks investieren, um die lokale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu erhöhen und die Energiesicherheit zu stärken. Ministerpräsident Krisjanis Karins sagte: „Das ist eine mittelfristige Lösung, die es uns ermöglichen wird, bei der Energieversorgung völlig unabhängig zu werden und weniger fossile Ressourcen verbrauchen zu müssen.“ (dpa)

RHEINTALBAHN

Debatte um Schadenersatz

Fünf Jahre nach der Tunnel-Havarie der Rheintalbahn bei Rastatt pochen Eisenbahnunternehmen auf Schadenersatz und eine schnellere Fertigstellung. Zudem müsse man für andere Projekte lernen, sagte Peter Westenberger vom Verband Die Güterbahnen. „Ansonsten erleben wir ein Riesenchaos mit der geplanten Generalsanierung.“ Am 12. August 2017 hatte es beim Bau der Unterquerung der Rheintalbahn eine Havarie im Tunnel gegeben. Die Gleise darüber sackten ab, der Verkehr stand für sieben Wochen still. (dpa)



Bewerbungsgespräche werden seltener in Präsenz geführt: Das könne aber dazu führen, dass sich Arbeitnehmer weniger gebunden fühlen an das neue Unternehmen, sagen Experten. BILD: DPA

Kündigungen vor dem ersten Arbeitstag nehmen zu

- Neue Arbeitsverträge werden immer öfter gekündigt
- Ein Personalexperte erklärt, warum das so ist



VON MIRJAM MOLL
mirjam.moll@suedkurier.de

Konstanz - Der neue Job hätte eigentlich zum 1. Juli beginnen sollen. Doch der neu eingestellte Arbeitnehmer kommt nicht, obwohl der Vertrag unterschrieben war. Kündigungen kurz vor oder zum eigentlichen Arbeitsantritt nehmen zu – auch in der Region. Doch wie erklärt sich das Phänomen?

Ein Teil der Erklärung liegt auf der Hand: Im Juli 2022 waren in Baden-Württemberg 23,6 Prozent mehr offene Stellen ausgeschrieben als im Juli 2021. Dagegen liegt die Arbeitslosenquote im gleichen Monat nur bei 3,6 Prozent, also nahezu Vollbeschäftigung (von der man bei drei Prozent spricht). Es fehlen Bewerber, der Markt ist leergefegt. Wer einen Job sucht, bekommt oft mehrere Angebote – und kann das beste für sich auswählen.

Der Fachkräftemangel, der seit Jahren als Problem gilt, hat sich durch die Pandemie noch verstärkt. Branchenwechsel, Abwanderungen und die Generation der Babyboomer, die nun verstärkt in Rente gehen, kommen hinzu.

Florian Rochlitz ist bei der Personalberatungsfirma Hapeko als Regionalleiter zuständig für Baden-Württemberg. Der 35-Jährige kennt das Phänomen der Kündigungen vor Arbeitsbeginn. „Das ist ärgerlich für die Arbeitgeber“, sagt er. „Die Verträge sind gemacht, das Onboarding (die Eingliederung und Einarbeitung ins Unternehmen, A.d.R.) vorbereitet und kurz vorher kommt dann die Kündigung“, berichtet der Arbeitsmarktexperte. Genaue Zahlen kann er nicht nennen – dies sei von Branche zu

Darf ich vorab kündigen?

Einfache Antwort: ja. Ein Arbeitsvertrag kann grundsätzlich vor Arbeitsantritt gekündigt werden – und zwar von beiden Seiten. Dabei gilt die vertraglich vereinbarte oder die gesetzliche Kündigungsfrist. Sie beginnt in der Regel ab Eingang der Kündigung, nicht ab Dienstbeginn. Die Kündigung vor Arbeitsantritt kann vertraglich ausgeschlossen sein. In diesem Fall gilt die Kündigungsfrist der Probezeit, meist sind das zwei Wochen. Sollte der Arbeitsvertrag eine Regelung enthalten, wonach die Kündigungsfrist erst ab Arbeitsbeginn läuft, kann das Arbeitsverhältnis erst nach zwei Wochen beendet werden. (mim)



„Kündigungen vor Arbeitsantritt sind ärgerlich.“

Florian Rochlitz,
Personalberater bei Hapeko

Branche unterschiedlich. Hinzu komme, dass viele Unternehmen ob der erschwerten Suche nach Mitarbeitern oft längere Kündigungsfristen ansetzen. „Die Unternehmen müssen sich ja auch schützen“, sagt Rochlitz.

Doch daraus entsteht ein Teufelskreis: Zum einen müssen Unternehmen auf neue Mitarbeiter immer länger warten. Zum anderen droht dadurch die Gefahr von Gegenangeboten: Wer schon einen neuen Vertrag unterschrieben hat, aber noch mehrere Monate bis zum Wechsel warten muss, „wird unter Garantie von Headhuntern anderer Unternehmen kontaktiert“, so Rochlitz. In Südbaden kommen noch die Schwei-

zer Angebote hinzu, die Arbeitnehmer über die Grenze locken.

Die Trendwende im Arbeitsmarkt begann aus seiner Sicht schon 2017. Die Schere zwischen verfügbaren Arbeitnehmern und offenen Stellen wurde immer größer. In den vergangenen Jahren habe sich die Situation noch verschärft. Und das, obwohl Corona dazu führte, dass zeitweise weniger Stellen ausgeschrieben wurden. Auch die Ukraine-Krise und die Energiekrise werden die Wirtschaft bremsen. Dennoch werden weiter mehr Arbeitnehmer gesucht als verfügbar sind. Hinzu kommt der Wegfall der Babyboomer, die bald in Rente gehen. Bis 2030 werden Statistiken zufolge fünf bis sechs Millionen Arbeitnehmer dadurch fehlen. Stellen, die neu besetzt werden müssen, ohne dass die Unternehmen dem Wachstum gerecht werden.

„Wir erleben regelmäßig Verhältnisse, in denen auf einen potenziellen Bewerber vier offene Stellen kommen. Die Marge reicht sogar bis zu 20 offenen Stellen in einem pendelbaren Umkreis von 30 bis 40 Kilometern“, rechnet Rochlitz vor. Betroffen seien davon fast alle Branchen. Das Resultat: Viele Stellen werden zwar ausgeschrieben, die Unternehmen bekommen aber wenige oder gar keine Bewerbungen.

Rochlitz' Branche wächst dadurch enorm: Personalberatungen wie Hapeko verzeichnen ein jährliches Wachstum von zehn bis 15 Prozent. Das Phänomen der Kündigungen vorab nehme zwar zu, sei aber nicht die Regel. Die meisten Bewerber besäßen „einen gesunden moralischen Kompass und nehmen das Jobangebot an“.

Das lesen Sie zusätzlich online



Weshalb vielerorts die Fachkräfte fehlen
www.sk.de/11189726

Elektroheizung massiv teurer als Gasheizung

Wegen der Gaskrise erwägt jeder dritte deutsche Haushalt, eine Elektroheizung zu kaufen. Experten raten davon ab

Heidelberg (AFP) Aus Sorge vor einem Gasmangel im Winter steigt die Nachfrage nach Elektroheizungen wie Heizlüftern, Radiatoren oder Heizstrahlern. Eine Umfrage des Vergleichsportals Verivox ergab, dass derzeit 30 Prozent aller Haushalte den Kauf von Elektroheizungen erwägen. Zehn Prozent schafften sich bereits ein solches Gerät an: Von Januar bis Juni 2022 wurden in Deutschland rund 600 000 Einheiten verkauft, ein Plus von knapp 35 Prozent verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, wie das Marktforschungsunternehmen GfK mitteilte. Nur rund ein Drittel der

Befragten geht davon aus, dass der Betrieb der elektrischen Geräte teurer ist als der herkömmlicher Gas- oder Ölheizungen. „Damit liegen zwei Drittel der Umfrage-Teilnehmenden falsch“, warnt Verivox-Experte Thorsten Storck. Die Kosten für Stromheizungen würden häufig falsch eingeschätzt.

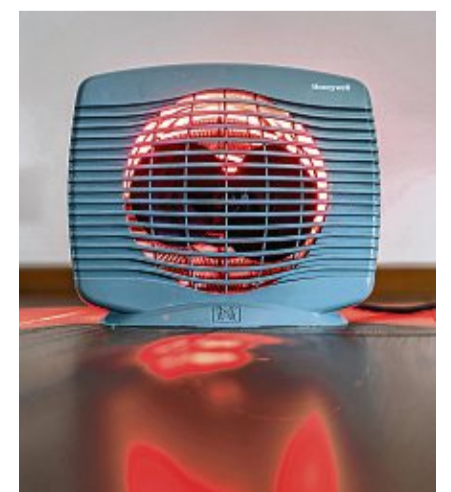
„Elektrische Direktheizgeräte verursachen deutlich höhere Kosten als eine Gasheizung“, so Storck. Das liege daran, dass eine Kilowattstunde Strom deutlich teurer sei als eine Kilowattstunde Gas. „Unterstellt man eine vollständige Umwandlung der Heizenergie in Raumwärme, also einen Wirkungsgrad von 100 Prozent, müsste sich der Gaspreis also noch mehr als verdoppeln, damit die gleichen Kosten wie bei einer Elektroheizung anfallen.“ Auch Verbraucherschützer haben wegen des

Trends zu strombetriebenen Heizungen angesichts der Energiekrise zuletzt vor der Anschaffung solcher Geräte gewarnt. Diese würden die Stromrechnungen massiv in die Höhe treiben.

Bei einer Gasmangellage wird die noch verfügbare Menge des Rohstoffs rationiert und entsprechend verteilt. Privathaushalte sind aber besonders geschützt, wie die Bundesnetzagentur und die Regierung immer wieder betonen. Verivox nannte die Sorge vor einer kalten Wohnung deshalb „unbegründet“. Das Vergleichsportal verweist unter Berufung auf Branchenverbände auf eine weitere Gefahr von Stromheizungen: Kommen sie massenhaft zum Einsatz, kann dadurch das örtliche Stromnetz überlastet werden und die Gefahr von Stromausfällen steigt. Mobile elektrische Heizungen lohnten sich

nur für Räume, die kurz und sporadisch erwärmt werden. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine großflächige Blackout-Situation reinlaufen“, sagte der Leiter des Fachbereichs Erzeugung und Speicherung elektrischer Energie im Verband der Elektrotechnik (VDE), Martin Kleimaier.

Der VDE und der Verein des Gas- und Wasserfaches warnen, dass Deutschlands Stromversorgung für eine derartige gleichzeitige Zusatzbelastung nicht ausgelegt sei. Da die Heizgeräte einfach an eine Haushaltssteckdose angeschlossen werden, könnten sie – im Gegensatz zu elektrischen Wärmepumpen oder Nachtspeicher-Heizungen – im Falle von drohenden Netzüberlastungen nicht vom Netzbetreiber abgeschaltet werden. Diese Art zu heizen, sei zudem sehr teuer.



Ein elektrischer Heizlüfter. Wegen drohender Gasknappheit setzen viele Bürger zum Heizen auf Strom als Alternative. BILD: DPA